

Mit der Bahn gegen den Wahn

Ernst Haar, geb. 1925, lernte den Beruf eines Bank- und Versicherungskaufmanns. Nach der Rückkehr aus dem Krieg trat er als Angestellter der Eisenbahn - Spar- und Darlehns-Kasse Stuttgart in die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) ein. 1950 begann seine Laufbahn als Sekretär der GdED. Seit 1965 ist er Mitglied des Bundestages und wurde Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. 1972 bis 1979 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen. Seitdem ist er Vorsitzender der GdED.

Die Meldungen über Umweltkatastrophen häufen sich. Die Alpenregion, der ökologisch sensibelste Teil unserer Umwelt ist hiervon in besonderem Maße betroffen. Ganze Täler mußten evakuiert werden, wichtige Verkehrs-

wege sind für Wochen oder gar Monate unterbrochen, noch ist der gesamte Umfang der Schäden nicht abzusehen.

Sind wir bereit, diese unübersehbaren Warnsignale ernst zu nehmen und den Raubbau der Natur und die Verschleuderung begrenzter Ressourcen zu beenden? Im Auftrag der UN hat die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Brundlandt vor kurzem ihren Bericht zu Umwelt- und Entwicklungsfragen vorgelegt. Dieses Dokument ist ein aufrüttelnder Warnruf, der Verzicht unserer Lebensgrundlagen Einhalt zu gebieten.

Unumstößliche Erkenntnisse und Einsichten in Wissenschaft und Politik haben jedoch letztlich nur den Sinn, den wir ihnen durch konsequente Umsetzung geben. Wir haben die Pflicht zum pfleglichen Umgang mit der Natur. Wir dürfen kommenden Generationen keinen geplünderten und weithin zerstörten Planeten Erde überlassen.

Bis heute steht die nationale und europäische Umwelt- und Verkehrspolitik diesen Zukunftsaufgaben weitgehend hilflos gegenüber. Politische Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch. Kurzsichtige Profitinteressen haben aber ihre Verwirklichung verhindert, obwohl die schädlichen Auswirkungen des ausufernden Autoverkehrs auf Mensch und Natur inzwischen allgemein bekannt sind.

Verstopfte Straßen und leere Züge: Dies ist das Ergebnis einer widersinnigen Verkehrspolitik, die das Auto begünstigt und die Bahn behindert. Fast 9 000 Menschen sterben in unserem Land jährlich im Straßenverkehr, über 100 000 werden schwer verletzt. Das Waldsterben hat sich immer weiter ausgebreitet. Viele Menschen leiden unter Lärm und hoher Abgasbelastung. Baudenkmäler verfallen. Immer mehr Wissenschaftler warnen vor gefährlichen Klimaveränderungen. Dennoch gilt „Freie Fahrt für freie Bürger“ noch immer mehr als die Verantwortung für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage.

Gegenwärtig wird die weltweite Autolawine auf 350 Millionen Pkw beziffert. Schon bei gleichbleibendem Energieverbrauch reichen aber die Erdölvorräte noch für höchstens 40 Jahre. In seiner Untersuchung „Eisenbahn und Autowahn“ kommt Winfried Wolf zu einem engagierten Plädoyer für das Transportmittel Eisenbahn. Wenn alle für den Straßenverkehr notwendigen Einnahmen und Ausgaben zusammengefaßt würden, stellt er in seinen detaillierten Berechnungen fest, stünde das rechnerische Minus des Straßenverkehrs weltweit bei jährlich 76 Milliarden DM. Daneben nehme sich das jährliche Bahnminus von 46 Milliarden DM noch bescheiden aus. Wolf belegt seine Thesen mit einem umfangreichen Quellen- und Datenkatalog.

All diesen Erkenntnissen zum Trotz verfolgen die Bonner Bundesregierung und die EG-Kommission in Brüssel unter der trügerischen Überschrift „Liberalisierung des Verkehrsmarktes“ eine unverantwortliche Subventionspolitik zugunsten des Lkw und zu Lasten der Bahn. Trotz ungenügender Wegekosten-

deckung soll die Steuerbelastung gerade der schweren Lkw gesenkt werden. Damit noch mehr ausländische Lastkraftwagen von der Nordsee bis ans Mittelmeer über die Autobahnen rasen und dabei die Luft verpesten können, werden die Grenzen weit geöffnet. Billig sollen solche Transporte auch sein, daher wurden bisherige Hürden abgebaut, die einer 60-, 70- oder gar 80-Stunden-Woche des Fahrpersonals entgegenstanden. Schritt für Schritt soll diese Politik in den kommenden Jahren bis 1992, dem ersehnten Jahr der vollständigen Integration des europäischen Verkehrsmarktes, fortgeführt werden.

Dies hat mit Freiheit und mit dem europäischen Gedanken nichts zu tun. Dies ist ein unverantwortlicher Schritt, unsere geschundene Umwelt noch mehr zu belasten. Ohne intakte Umwelt verliert jedoch unser Leben seinen Wert, die Arbeit wird zur sinnlosen Beschäftigung.

Um dies zu verhindern, ist ein grundlegendes Umdenken gerade in der Verkehrspolitik erforderlich. Notwendig sind insbesondere:

- mehr Investitionsmittel zur Modernisierung und für den Ausbau der Bahn,
- die Befreiung von Bussen und Bahnen von der Mineralölsteuer,
- aufeinander abgestimmte kundenfreundliche Fahrpläne im Nah-, Regional- und Fernverkehr,
- eine Verlagerung des Lkw-Fernverkehrs auf die Schiene und die Heranziehung des Autoverkehrs zu den von ihm verursachten Umwelt- und Unfallkosten.

Unser Nachbarland, die Schweiz, beweist, daß all dies möglich ist. Die dortigen Bürger haben sich bewußt für die Stärkung der Schiene entschieden, um ihre Umwelt zu erhalten.

Eine Gesellschaft, die nicht den Menschen und die Umwelt in den Mittelpunkt stellt, sondern einzelne Profitinteressen, ist zum Untergang verurteilt. Deshalb müssen alle Bürger wachsam bleiben und die Herausforderung der neuen Zeit annehmen. Erst Tschernobyl, dann Sandoz, nun das Regenchaos in den Alpen; all diese unübersehbaren Warnsignale sollten endlich den Anstoß zum Handeln geben.